

**GS-WG-01** Wir teilen den Wohlstand gerechter

Gremium: Bundesvorstand  
Beschlussdatum: 08.03.2017  
Tagesordnungspunkt: GS.GS-WG Wir teilen den Wohlstand gerechter

- 1 Der gesellschaftliche Zusammenhalt bröckelt, wenn das Wohlstandsgefälle in der
- 2 Bevölkerung
- 3 zu hoch ist. Die Schere zwischen Arm und Reich hat sich in Deutschland in den
- 4 vergangenen
- 5 Jahrzehnten zu weit geöffnet. Obwohl die Wirtschaft stets gewachsen ist, sank das
- 6 reale
- 7 Einkommen von Geringverdiener\*innen und Teilen der Mittelschicht, die Einkommen
- 8 und Vermögen
- 9 der Topverdiener\*innen wuchsen dagegen deutlich. Wir Grünen wollen das ändern und
- 10 alle fair
- 11 an Wohlstand und Lebensqualität beteiligen. Niemand sollte in Armut leben.
- 12 Wohlhabende
- 13 sollten einen fairen Beitrag zum Gemeinwesen leisten.
- 14 Das Auseinanderdriften von Arm und Reich schafft wirtschaftliche Probleme. Wenn
- 15 Wohlstandsgewinne bei der Mehrheit der Menschen nicht ankommen, ist das nicht nur
- 16 ungerecht
- 17 – es fehlen auch kaufkräftige Kunden. Stattdessen fließt zu viel Geld auf den globalen
- 18 Finanzmarkt, wo schon zu oft durch spekulative Blasen, überhitzte Immobilienmärkte
- 19 und
- 20 Finanzkrisen Wohlstand vernichtet wurde. Zu große Ungleichheit schadet einer
- 21 demokratischen
- 22 Gesellschaft. Denn sie gibt wenigen Menschen zu viel Macht. Und sie ist ungerecht,
- 23 denn der
- 24 Bezug von großem Reichtum zu gesellschaftlich anerkannter Leistung geht verloren,
- 25 während
- 26 viele Menschen trotz harter Arbeit kaum über die Runden kommen. Menschen
- 27 respektieren hohes
- 28 Einkommen, wenn es durch Anstrengung, tolle Leistung oder großes Talent erzielt wird.
- 29 Aber
- 30 wenn Finanzjongleure Millionen machen, Managerinnen und Manager das
- 31 Hundertfache ihrer
- 32 Angestellten verdienen und Krankenschwestern, Polizist\*innen oder Erzieher\*innen
- 33 unterbezahlt sind, dann läuft etwas falsch.
- 34 **Für eine Wende am Finanzmarkt**
- 35 Entfesselte und aufgeblähte Finanzmärkte haben keinen Nutzen für die Gesellschaft
- 36 und
- 37 verschärfen die Ungleichheit. Der Anteil der Finanzgeschäfte an der Volkswirtschaft ist
- 38 in
- 39 den vergangenen drei Jahrzehnten stark gestiegen. Viele davon haben keine sinnvolle
- 40 Funktion
- 41 für die reale Wirtschaft, weil Beschäftigte, Unternehmen oder Verbraucherinnen und
- 42 Verbraucher nichts davon haben. Doch wenn Spekulationsblasen platzen, zahlen sie
- 43 die Zeche.

26 Seit Ausbruch der Finanzkrise 2008 sind in Europa noch immer Millionen Menschen  
ohne Arbeit,  
27 die Jugendarbeitslosigkeit in einigen südeuropäischen Staaten beträgt über 40  
Prozent. Mit  
28 Milliarden Euro wurden Banken gerettet, Staaten ächzen unter den Schulden, Geld für  
29 öffentliche Investitionen fehlt. Die europäischen Regierungen haben daraufhin leider  
viel zu  
30 zaghaft reguliert. Der Finanzsektor bläht sich wieder auf, Immobilienpreise und Mieten  
31 steigen, Steuersümpfe florieren. Europäische Banken sind weiter instabil, auch  
32 Bausparkassen, Lebensversicherer oder Pensionskassen haben Probleme.

33 Wir müssen die Finanzmärkte nach der Finanzkrise noch besser regulieren, damit sie  
wieder  
34 der Gesellschaft und der Realwirtschaft dienen, sinnvoll die Investitionen in einer  
35 Volkswirtschaft lenken und den Menschen vernünftige Geldanlagen ermöglichen. Wir  
Grünen  
36 fordern eine Schuldenbremse für Banken, damit sie selbst für ihre Verluste einstehen  
können.  
37 Auch Versicherungen brauchen mehr Eigenkapital und für Schattenbanken sind viel  
strengere  
38 Regeln nötig. Den Hochfrequenzhandel werden wir mit einer Finanztransaktionssteuer  
und  
39 geeigneten Marktregeln ausbremsen, damit langfristig orientierte Akteure am  
Finanzmarkt  
40 nicht geschädigt werden. Wenn nötig, muss der Staat auch den Vertrieb von  
schädlichen oder  
41 intransparenten Anlageprodukten verbieten. Zu große Banken sind eine Gefahr für die  
42 Realwirtschaft, da wir sie nicht ohne Schaden für alle abwickeln können. Deshalb  
brauchen  
43 wir eine stärkere Fusionskontrolle. Sind Banken bereits zu groß, wollen wir sie  
entflechten  
44 und das Einlagengeschäft vom krisenanfälligen Handelsgeschäft trennen. Für  
Kleinstbanken  
45 wollen wir dagegen weniger Bürokratie. Verbraucherinnen und Verbraucher, müssen  
besser vor  
46 undurchsichtigen und gefährlichen Finanzprodukten geschützt werden. Die  
provisionsgetriebene  
47 Beratung wollen wir verbieten und einen Umstieg zur Honorarberatung organisieren (à  
Kapitel:  
48 Wir machen Verbraucherinnen und Verbraucher stark).

#### 49 **Für faire Löhne - Leistung soll sich für alle lohnen**

50 Die Kapitaleinkommen sind in den vergangenen Jahren stark gestiegen, während die  
51 Arbeitseinkommen über viele Jahre weitgehend stagnierten. Zuletzt sind die Reallöhne  
zwar  
52 wieder gestiegen, aber es muss jetzt darum gehen, diese Tendenz zu verstetigen.  
Dafür wollen  
53 wir das Tarifsysteem wieder stärken. Tarifverträge sollten einfacher allgemein  
verbindlich  
54 für alle Betriebe einer Branche gelten. Davon profitieren Beschäftigte und  
Arbeitgeber\*innen  
55 gleichermaßen.

56 Vorstände in großen Unternehmen konnten in den vergangenen Jahren sehr hohe  
57 Gehaltssteigerungen durchsetzen. Das Verhältnis zwischen ihren Einkommen und  
normalen Löhnen  
58 ist inzwischen oft unverhältnismäßig zur Leistung. Diesem Trend wollen wir  
entgegenwirken,  
59 indem wir die Rechte der Aktionäre stärken. So wollen wir, dass Unternehmen  
verpflichtend  
60 die Vorstandvergütung in Relation zur Normalbelegschaft veröffentlichen müssen. Die  
61 Mitfinanzierung von überhöhten Gehältern, Abfindungen und Versorgungszusagen  
durch die  
62 Bürgerinnen und Bürger wollen wir begrenzen. Die steuerliche Abzugsfähigkeit von  
Abfindungen  
63 wollen wir daher bei einer Millionen Euro pro Kopf deckeln, jene von Gehältern bei  
500.000  
64 Euro pro Jahr und Kopf. Erfolgsbeteiligungen sollen grundsätzlich an den langfristigen  
65 Erfolg des Unternehmens anknüpfen. Gleichzeitig sind bei Geringverdienerinnen und  
66 Geringverdienern die Löhne in den vergangenen Jahrzehnten real gesunken. Der  
eingeführte  
67 Mindestlohn war ein wichtiger Etappensieg. Er muss ausnahmslos für alle regulär  
Angestellten  
68 gelten. Damit Geringverdienende mehr im Geldbeutel haben, wollen wir sie bei den  
69 Sozialabgaben entlasten. Viele Millionen Menschen arbeiten in Leiharbeit oder  
befristet. Was  
70 im Sinne der Flexibilität gelegentlich sinnvoll sein kann, wird oft missbraucht, um  
Löhne  
71 dauerhaft zu senken. Den Trend zu immer mehr unsicheren Jobs wollen wir Grünen  
umkehren.  
72 Ohne guten sachlichen Grund sollten Jobs nicht mehr befristet werden können und  
Leiharbeit  
73 ab dem ersten Tag gleich bezahlt werden – plus Flexibilitätsprämie. Ein  
selbstbestimmtes  
74 Leben darf auch keine Frage des Geschlechts sein. Wir Grünen wollen, dass Frauen  
und Männer  
75 endlich die gleichen Karrierechancen haben und gleiche Löhne für gleiche und  
gleichwertige  
76 Arbeit erhalten. Wir setzen uns für ein echtes Entgeltgleichheitsgesetz, die bessere  
77 Bezahlung von typischen Frauenberufen sowie eine funktionierende Frauenquote ein.  
78 Minijobs wollen wir in sozialversicherungspflichtige Jobs umwandeln und dafür sorgen,  
dass  
79 die Beiträge durch Steuern, Abgaben und soziale Leistungen so aufeinander  
abgestimmt werden,  
80 dass sich Erwerbsarbeit immer rechnet. Dabei darf die Belastung mit Steuern und  
Abgaben  
81 nicht sprunghaft steigen. So wird es attraktiver, mehr als nur geringfügig zu arbeiten.

82 **Für eine faire und ausgleichende Steuerpolitik**

83 Steuern finanzieren unser Gemeinwesen. Sicherheit, Infrastruktur und Bildung sind  
84 Voraussetzungen für eine funktionierende Gesellschaft. Von ihnen profitiert auch  
unsere  
85 Wirtschaft. Die aktuell entspannte gesamtstaatliche Haushaltssituation ist bedingt  
durch

86 historisch niedrige Zinsen und den hohen Beschäftigungsstand. Sie darf nicht darüber  
87 hinwegtäuschen, dass strukturelle Risiken weiter bestehen. Um den Investitionsstau in  
88 unserem Land aufzulösen, braucht es deshalb größere finanzielle Spielräume –  
89 insbesondere  
90 für die Kommunen.  
91 Ein gerechtes Steuersystem sorgt dafür, dass alle nach ihrer Leistungskraft zu einer  
92 intakten und funktionierenden Gesellschaft beitragen. Hier liegt in Deutschland jedoch  
93 einiges im Argen. Arbeit wird bei uns häufig höher besteuert als Zinsen und Renditen.  
94 Das  
95 wollen wir Grünen ändern. Kapitalerträge sollen mit dem persönlichen  
96 Einkommenssteuersatz  
97 belegt werden. Noch immer gehen uns hohe Steuereinnahmen verloren. Mit  
98 aggressiven  
99 Steuertricks, dem Bankgeheimnis und den Steuerdumpingländern gibt es gerade für  
100 Superreiche  
101 zu viele Möglichkeiten, sich der Steuerverantwortung zu entziehen. Dieser Praxis  
102 sagen wir  
103 den Kampf an. Es darf keine anonymen Briefkastenfirmen mehr geben, Geschäfte in  
104 Steuersümpfen, die Steuerbetrug systematisch unterstützen, werden wir  
105 sanktionieren,  
106 Steuerpflicht binden wir an die Staatsangehörigkeit. Alle international tätigen  
107 Unternehmen  
108 sollen ab einer gewissen Größe ihre Gewinne und Steuerzahlungen nach Staaten  
109 offenlegen,  
110 damit sichtbar wird, wenn Konzerne wie Starbucks, Apple oder Google ihre Gewinne so  
111 verschieben, dass sie in den Ländern, in denen sie gute Geschäfte machen, keine  
112 Steuern  
113 zahlen. Trickereien mit Lizenzgebühren und Zinsen wollen wir unterbinden. So stärken  
114 wir  
115 auch unseren Mittelstand. Es herrscht kein fairer Wettbewerb, wenn Amazon weniger  
116 Steuern  
117 zahlt als die Buchhändlerin um die Ecke.  
118 Auch Vermögende können mehr zu unserem Gemeinwesen beitragen. Wir Grünen  
119 wollen eine  
120 verfassungsfeste, ergiebige und umsetzbare Vermögenssteuer für Superreiche.  
121 Selbstverständlich legen wir dabei besonderen Wert auf den Erhalt von Arbeitsplätzen  
122 und die  
123 Innovationskraft von Unternehmen. Die Große Koalition hat die Erbschaftssteuer  
124 komplizierter  
125 und nicht gerechter gemacht. Sollte sie abermals vor dem Bundesverfassungsgericht  
126 scheitern,  
127 werden wir ein einfaches und gerechtes Erbschaftssteuermodell entwickeln, das mit  
128 dem  
129 Grundgesetz übereinstimmt. Wir wollen kleine und mittlere Einkommen durch eine  
130 Erhöhung des  
131 Grundfreibetrags entlasten und zur Gegenfinanzierung den Spitzensteuersatz oberhalb  
132 von  
133 100.000 Euro an zu versteuerndem Single-Einkommen erhöhen. Für Mittelstand,

Selbständige und  
115 Arbeitnehmer\*innen wollen wir das Steuersystem gleichzeitig vereinfachen, um sie  
dadurch zu  
116 entlasten. Dazu gehören erhöhte Abschreibungsgrenzen für geringwertige  
Wirtschaftsgüter  
117 sowie eine Vereinfachung bei der Umsatzsteuer mit Blick auf die aufwändigen  
Verfahren beim  
118 Handel innerhalb der EU.

119 **Wer Grün wählt, stimmt für diese drei Projekte:**

120

---

121 **Schuldenbremse für Banken - Schattenbanken regulieren**

122 Wenn eine Bank in Schieflage gerät, dann darf nicht länger der Steuerzahler die Last  
tragen.  
123 Wir wollen eine einfache, aber harte Eigenkapitalquote, die Banken verpflichtet, ihre  
124 Geschäfte mit mehr Eigenkapital zu unterlegen. So können sie für ihre Risiken besser  
selbst  
125 eintreten. Damit risikoreiche Anlagen nicht länger aus dem regulierten Bereich  
ausgelagert  
126 werden können, muss der Schattenbankensektor analog zum regulären Bankensektor  
klare Regeln  
127 erhalten. Alle Gesellschaften, die im weiteren Sinne Bankgeschäfte betreiben, müssen  
den  
128 gleichen Regeln unterliegen wie Kreditinstitute.

129

---

130 **Steuersümpfe trockenlegen - weltweite Regeln gegen Steuervermeidung**

131 Panama Papers, Offshore- oder Luxemburg-Leaks – wir nehmen nicht hin, dass  
Konzerne und  
132 Superreiche mit Hilfe von Bankgeheimnis und Steuerdumpingländern ihren Beitrag  
zum  
133 Gemeinwohl unterschlagen. Darum kämpfen wir für ein international verbindliches  
Regelwerk,  
134 das Mindeststandards für die Steuerpflichten von Unternehmen und Staaten setzt.  
Auch zu  
135 Hause werden wir aktiv: Banken und Kanzleien untersagen wir Geschäfte mit  
unkooperativen  
136 Ländern, internationale Konzerne müssen ihre Gewinne nach Ländern aufschlüsseln  
und  
137 Briefkastenfirmen entziehen wir durch ein Transparenzregister die Grundlage. So  
sorgen wir  
138 dafür, dass alle Unternehmen ihre Verantwortung für das Gemeinwesen wahrnehmen  
und ihren  
139 steuerlichen Beitrag leisten – der internationale Kaffeekonzern ebenso, wie es heute  
schon  
140 der Bäcker an der Ecke tut.

141

---

142 **Mehr für das Gemeinwohl -Superreiche in die Verantwortung nehmen**

143 Wir wollen nicht, dass sich Superreiche und Spitzenmanager von der Gesellschaft  
abkoppeln.

144 Zu oft verliert die Vergütung von Managern und Managerinnen den Bezug zum  
eigenen Beitrag

145 und zum Durchschnittsverdiener. Wir setzen ein klares Stoppsignal: Zukünftig sollen  
146 Unternehmen nur noch maximal 500.000 Euro pro Kopf von der Steuer absetzen  
können. Auch weil

147 Manager-Gehälter zu Lasten der Allgemeinheit gehen, wenn Unternehmen die  
Zahlungen als

148 Betriebsausgaben absetzen. Außerdem braucht es eine verfassungsfeste, ergiebige  
und

149 umsetzbare Vermögenssteuer für Superreiche, denn in wenigen Ländern Europas sind  
die

150 Vermögen so ungleich verteilt wie in Deutschland. Selbstverständlich legen wir dabei  
151 besonderen Wert auf den Erhalt von Arbeitsplätzen und die Innovationskraft von  
Unternehmen.

152 Denn wir wollen, dass alle einen fairen Beitrag leisten, wenn unser Gemeinwesen  
finanziert

153 wird und Zukunftsinvestitionen getätigt werden.

154

---